

Pressemitteilung der
Initiative Berliner Sozialforum



zu Verhandlungen um Soziales Zentrum

Berlin den 28. April 2004

**Verhandlungen um Soziales Zentrum gescheitert ?
Initiative lehnt Schein-Angebot ab**

Am gestrigen Abend (Dienstag den 27. April 2004) stand die Bezirksbürgermeisterin Reinauer auf einer Versammlung im Kreuzberger Bethanien den Anwesenden der Initiative Berliner Sozialforum Rede und Antwort. Es ging um die Überlassung der seit mehr als zwei Jahren leer stehenden Kindertagesstätte in der Glogauer Straße 16 als Soziales Zentrum.

Von der Politisch Verantwortlichen wurden jedoch nur der das Angebot für eine Vermietung des Erdgeschosses zu "*marktüblichen Bedingungen*" mitgebracht. Eine Überlassung des dreigeschossigen Hauses für einen symbolischen Preis der Bewirtschaftungskosten käme nicht in Frage. Allenfalls sei noch an eine Bereitstellung des 1. Geschosses als Lagermöglichkeit gegen Zahlung der Betriebskosten zu denken.

Bedauerlicherweise sei eine Unter-Wert-Vermietung ohne Zustimmung des Senats nicht möglich. Die nötige Zustimmung sei vom Senat abgelehnt worden. Doch auch der im Dezember des vergangenen Jahres vom Bezirksamt selbst (es war eigentlich die bezirkliche SPD-Fraktion) in die Debatte gebrachte Vorschlag zum Abschluss eines Erbbaurechts-Vertrages spielte keine Rolle mehr. Eine solche Entscheidung könnte der Bezirk zwar ganz unabhängig vom Senat fällen. "*Dies ist im Bezirk nicht mehrheitsfähig*", betonte Frau Reinauer mehrfach auf der Veranstaltung. Auf mehrfache Nachfrage wurden "*unabwägbare Risiken*" angeführt, die jedoch nicht näher erklärt werden konnten oder wollten.

So sieht sie also aus, die Regelung im Einzelfall. Während die Berliner Politik sich immer äußerst spendabel gezeigt hat, wenn es um die das Image und den "Standort Berlin" ging, während der Senat der privaten Elite-Universität "European School of Management and Technology" (ESM) das ehemalige Staatsratsgebäude schenkt und sich sogar noch an den Sanierungskosten beteiligt. Und während sich die PDS landesweit mit einem Vorschlag zur Überlassung leer stehender Gebäude an soziale Gruppen brüstet, wird dies im Einzelfall torpediert, verschleppt oder verhindert.

Wir lehnen diese Vorstellungen ab, da damit kein Raum für unser mittlerweile 15 Gruppen umfassendes Netzwerk geboten wird.

Nach wie vor fordern wir von Bezirk und Senat, mit einer politischen Entscheidung eine Lösung möglich zu machen – und das zu Bedingungen, die unseren Zielsetzungen als nicht-kommerziellem Netzwerk entsprechen.